



Nr. 16 / 21. Februar 2022

## **Vizepräsidentin Krämer zum Internationalen Tag der Muttersprache: „Wir sind stolz auf die sprachliche Vielfalt in Schleswig-Holstein“**

**Am Rande des „Landesschüler\*innenparlaments“, das seit dem Vormittag unter dem Thema „Jugendliche in der Demokratie“ im Landeshaus tagt, äußerte sich Landtagsvizepräsidentin Annabell Krämer zum heutigen Internationalen Tag der Muttersprache. „Das Landesschüler\*innenparlament ist – genau wie der Landtag – eines von vielen Beispielen, an denen sich die gelebte Vielfalt in Schleswig-Holstein zeigt: Hier sind Menschen aus allen Teilen des Landes und der fünf gesprochenen Muttersprachen vertreten“, betonte Krämer.**

„Schleswig-Holstein ist ein außergewöhnliches Beispiel für sprachliches und kulturelles Miteinander“, hob die Landtagsvizepräsidentin hervor. Nirgendwo sonst in der Bundesrepublik leben zwei nationale Minderheiten und eine Volksgruppe mit der Mehrheitsbevölkerung Seite an Seite: die dänische Minderheit im Landesteil Schleswig, die friesische Volksgruppe im Kreis Nordfriesland sowie auf Helgoland und im ganzen Land die Sinti und Roma deutscher Staatsangehörigkeit. Im nördlichsten Bundesland werden Hochdeutsch, Dänisch, Friesisch, Plattdeutsch oder Niederdeutsch und Romanes gesprochen – mit Friesisch, Dänisch und Romanes drei von vier in Deutschland offiziell geschützten Sprachen der Minderheiten. Und es gibt noch eine weitere (Mutter-)Sprache in Schleswig-Holstein: rund 3.000 Menschen sprechen Gebärdensprache.

„Wir haben eine besondere Verantwortung, die Sprachenvielfalt in unserem Land zu erhalten, zu pflegen und das Sprachenlernen zu fördern“, bekräftigte Krämer. Diese Verantwortung ist in Schleswig-Holstein in der Verfassung festgeschrieben: Seit 1990 sind der Schutz und die Förderung der Minderheiten und Volksgruppen darin verankert. Die Sprachen der Minderheiten und Volksgruppen in Schleswig-Holstein sind außerdem durch die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen geschützt, die in Deutschland 1999 in Kraft getreten ist. „Sprache wird aber auch überall dort gepflegt und gefördert, wo Menschen sie ganz selbstverständlich im Alltag gebrauchen – wo Sprache einfach gelebt wird.“

Auf Vorschlag der UNESCO haben die Vereinten Nationen im Jahr 2000 den „Internationalen Tag der Muttersprache“ ausgerufen. Er soll an die Bedeutung der Muttersprache als Ausdruck der kulturellen Identität und an die Sprachenvielfalt erinnern. Heute sind über 50 Prozent der weltweit etwa 6.700 gesprochenen Sprachen vom Verschwinden bedroht, im Schnitt geht alle zwei Wochen eine Sprache verloren.

Das diesjährige Motto „Using technology for multilingual learning: Challenges and opportunities“ spielt darauf an, dass im Internet viele Sprachen noch gar nicht präsent sind und sprachliche Vielfalt und Mehrsprachigkeit im digitalen Raum gestärkt werden soll.

### Hintergrund:

Unter dem Vorsitz des Landtagspräsidenten tagen zwei Mal im Jahr das Gremium für Fragen der deutschen Minderheit in Dänemark (Nordschleswiggremium), das Gremium der friesischen Volksgruppe (Friesengremium), das Gremium der deutschen Sinti und Roma und das Gremium für die Sprechergruppe der Niederdeutschen (Beirat Niederdeutsch) mit seinen beiden Arbeitsgruppen für Bildung und Medien. Außerdem legt die Landesregierung seit 1986 dem Schleswig-Holsteinischen Landtag in jeder Legislaturperiode einen Minderheitenbericht vor, zuletzt am 7. Oktober 2021. Um den Minderheiten und Volksgruppen eine Ansprechperson zu geben, wurde 1988 der erste Grenzlandbeauftragte des Ministerpräsidenten berufen.

Mit dem neuen NDR-Staatsvertrag aus dem Jahr 2021 bekamen die Minderheiten- und Regionalsprachen außerdem einen festen Platz in den öffentlich-rechtlichen Medien: Die Landesregierungen Schleswig-Holsteins, Hamburgs, Mecklenburg-Vorpommerns und Niedersachsens haben sich darauf verständigt, dass Regional- und Minderheitensprachen mehr Raum bekommen und fest im Programm verankert werden.

Mehr zu den Minderheiten unter [sh-landtag.de/parlament/minderheitenpolitik/](https://sh-landtag.de/parlament/minderheitenpolitik/).